Joachim Bruhn

Wer waren die Grünen?

Grünes Neandertal und sozialdemokratische Modernität

Aus: *die tageszeitung* vom 19. April 1986

„Gewaltfrei, basisdemokratisch, sozial und ökologisch“– das war die Sozialdemokratie schon immer: *Gewaltfrei* ihr devoter Respekt vorm staatlichen Gewaltmonopol und *basisdemokratisch* ihr treuer Glaube, erst das allgemeine Wahlrecht verschaffe der Souveränität das wirkliche, demokratische Fundament; basisdemokratisch auch der Slogan zur Bundestagswahl 1983: „Machen sie in Zukunft selber Politik!“; *sozial* das historische Engagement für die sozialstaatliche ’Anerkennung des Wertes der einfachen Arbeit’; schließlich der gute Wille, keiner Fliege ein Haar zu krümmen, höchstens, wie der Genosse Innenminister, Menschen. Die Summe dessen, was dem gesunden Menschenverstand, ist er nur fortschrittlich gestimmt, lieb und teuer zu sein hat, stellt zugleich der Sozialdemokratie die Grundwerte.

Das grüne Programm ist durch Neo-Konservativismus und erneuerten Sozialreformismus zugleich widerlegt und 'aufgehoben’. Dem widerspricht nicht die Chance grünen Fortvegetierens dort, wo starke Nischenkulturen anderswo keine politische Lobby finden können. Aber die Pleite der Grünen als gesellschaftliches Projekt; die aktuell werdende Frage: „Wer waren eigentlich die Grünen?“, zielen, über Geschichtsschreibung hinaus, auf den grünen Anteil an der überraschenden Rekonvaleszenz der guten Menschen von Godesberg.

Aufstieg und Fall der Grünen sind ein abgeleitetes Phänomen der Krise sozialdemokratischer Hegemonie. Mit Willy Brandt kam das Pathos der Sozialreform von Staats wegen zu Fall, noch ehe der reibungslose Übergang zum Krisenmanagement 1974/75 den sozialdemokratischen Reformismus als bloß verbalen Reflex der Studentenbewegung, blamiert. Verständlich also, daß breite, gerade durch die Phrase für die SPD agitierte Kreise diesen raschen Wechsel verweigerten und begannen, das Programm des sozialdemokratischen Aufbruchs gegen seine konsequente Beerdigung einzuklagen. Sie waren 'postmaterialistisch' orientiert noch bevor das Wort erfunden wurde. Die universitäre Version des Reformismus, „Wissen ist Macht“ und „Chancengleichheit statt Elitenbildung“, haben sie nicht nur als mögliche Kompensation ökonomischer Ungleichheit ernstgenommen, sondern auch durch ihr Engagement ihr materielles Auskommen gesucht. Das gute Gewissen, den sozialen und demokratischen Fortschritt zu befördern und dafür selbst befördert zu werden, erstens „Staatsfeind auf dem Lehrstuhl“ (W. Pohrt) zu sein und zweitens den Staat dafür zu Dank zu verpflichten, revoltierte gegen seinen technokratischen Ausverkauf. Nur das nackte Expertenwissen sollte auf einmal noch zählen, nicht mehr die Illusionen der Experten. Die Sozialarbeiter und Psychotherapeuten, die Studienreferendare für Deutsch und Gemeinschaftskunde insbesondere, begannen, schüchtern zunächst, politisch selbstständig zu werden. Sie entschlossen sich, die sozialdemokratische Wende als den Beweis zu verstehen, daß die Arbeiterbewegung überhaupt und der Klassenkampf im speziellen ein ihrer Person unwürdiger Gegenstand sei. Die so eingeleitete Konstitution des 'neuen Mittelstandes' zur autonomen Partei beschleunigte sich durch die Bürgerinitiativbewegung. Sie brauchte die Experten mitsamt ihren Illusionen. Ein ungeahnter Arbeitsmarkt eröffnete sich, denn Geld besaßen die Akademiker nur in Form ihrer BAFöG-Schulden und mußten so ihre neue Perspektive mit der Ausformulierung der 'Ökologie' als neuer Leitwissenschaft und Weltanschauung abarbeiten.

Die grüne Partei wurde gegründet, um diesen ideellen Nenner in der baren Münze der Wahlkampfkosten sich erstatten zu lassen. Die Politik der Natur wirkte als Revolution auf dem Markt jener Begründungen, wie ’Gemeinnutz vor Eigennutz’ zu plazieren sei. Einmal auf dem politischen Markt präsent, war sie sogleich einer scharfen Konkurrenz ausgesetzt. Die grüne Synthese der partikularen Egoismen scheint nun in dieser Konkurrenz zu zerbrechen, der Firniß platzt und die behauptete Allgemeinheit des Gattungsinteresses am Überleben wird an der ökonomischen Krise zu genau der Ideologie, die sie immer schon war. Im Groben lassen sich drei Trümmerhaufen unterscheiden.

Zuerst die *völkisch-lebensreformerisch-spiritualistische Fraktion,* die sich erneut, je nach Interpretation dessen, was die 'wahren Bedürfnisse' denn sein mögen, in Stämme, Kommunen und Zirkel auseinanderlegt. Ihren allgemeinen Nenner formuliert die Okkult-Postille 'Neue Zeitung' als “Sehnsucht nach einer Revolution der Eingeweide“, d.h. nach „einer Wende bis ins Körpergefühl hinein“. Aus dem „geistverstärkten“ Genuß der Peristaltik soll die Welt errettet und die „höchste Erfüllung“ geschaffen werden.

Naturgemäß hat die Sozialdemokratie dieser Fraktion wenig mehr zu bieten als die Erklärung, das Problem liege ihr am Herzen. Aber sie nimmt die Konkurrenz noch um die letzte Wahlstimme auf und läßt Oskar Lafontaine, den Albert Schweitzer von Saarbrücken, den irgendwie „anderen Fortschritt“ fordern: „Die Politik sollte versuchen, das Detailwissen der Experten mit einer ganzheitlichen Sicht zu überdachen.“ 'Ganzheitlich', das Losungswort der Magen-Darm-Revolution, ist schon nicht übel. Aber Lafontaine geht weiter. Die „Umkehr zum Leben“, die Wende

der Seele vom Egoismus zum Mitleid, vom Haben zum Sein, ist das Zentralproblem. Folgerichtig erscheint der sozialdemokratische Anschluß an die deutsch-völkische Tradition der Geistrevolution als konkrete Utopie im Geiste Ernst Blochs und der „Sozialismus (als) Widerstandsbewegung gegen die Zerstörung der Liebe".

Die Heilige Familie der SPD, Johannes Rau staatsmännisch in der Mitte, flankiert zur Linken von den Lafontaine, Eppler und Schröder, sitzend zur Rechten die Glotz, Rappe und Börner, kümmert sich, wie um jedwedes liebe Stimmvieh, auch um die zweite grüne Fraktion, die *Öko-Sozialisten.* Hier darf es dann etwas Gramsci und eine Prise Eurokommunismus sein. Insbesondere Glotz weiß darum, wie sehr das Verhältnis der Linken zur SPD von deren Annahme gekennzeichnet ist, die Sozialdemokratie sei eine Partei des ‚Doppelcharakters', der heillosen Unentschiedenheit zwischen ‚proletarischer Substanz' und ‚bürgerlicher Funktion'. Über die Leninsche Definition der SPD als einer „bürgerlicher Arbeiterpartei" ist die Neue Linke nie herausgekommen. Da die Anhänger der These vom 'Doppelcharakter' gar nicht anders können, als die Urheber des Abweichens von der 'proletarischen Substanz' in der Bürokratie zu orten, eröffnet sich die Chance, die Bürokraten-Taten an den Parteitagsresolutionen kritisch zu messen und derart die 'Basis' zu 'politisieren'. Das Glotzsche Theorie-Ragout aus Marx, Gandhi und Gramsci wird den Öko-Sozialisten als Anzeichen einer Linkswendung der Sozialdemokratie willkommen sein.

Schließlich die *radikademokratisch-realpolitisch-‚ökolibertäre' Fraktion* als die Mehrheit nicht allein innerhalb der grünen Partei, sondern vor allem ihrer Wähler. Ihre Politik und Theorie gibt einen Begriff der politischen Sensibilität führender Sozialdemokraten: Willy Brandts Drohung, es gebe eine Mehrheit links der Regierungskoalition, versteht sich heute als die Wahrheit, daß die Jusos außerhalb der SPD stehen und sich bei 4,9% wiedervereinigen werden. In Hessen spielen die Grünen der Jusos liebstes Spiel, die Forderungen des DGB in Gesetzesform zu gießen und damit die Regierung in Verlegenheit bringen zu wollen.

Es ist dieser Verzicht auf die Kritik der politischen Souveränität, d.h. darauf, das Recht als eine abgeleitete Funktion der Macht zu betrachten, der die grüne Mehrheit mit der ökologischen Sozialdemokratie eint und zugleich das hegemoniale Einfallstor der SPD in die grüne Partei öffnet. Die Grünen unterstellen der Sozialdemokratie, sie vermöge Legitimität allein durch technokratische Legalität, durch den rechtsstaatlichen Formalismus als Selbstzweck, zu erzeugen. Diesem Formalismus stellen sie die Politik der Glaubwürdigkeit entgegen – ohne allerdings zu bemerken, daß im Gegensatz von Legalität und Legitimität eben jener Dualismus von Rechts- und Gewaltstaat nistet, dessen Einheit die staatliche Souveränität darstellt. Die Legitimität, abgeleitet aus fiktiv-allgemeinen Gattungsinteressen; revoltiert gegen geistlos-formale Verwaltung, ohne bemerken zu wollen, daß sie deren Doppelgänger ist. Die Opposition des Charismas gegen die Bürokratie ist die notwendige Bedingung jeder Macht, die sich auf den Konsens der Subalternen stützen will.

Das psychologische Gesellschaftsbild der Grünen, das der Politik des Charismas die Kulisse stellt, vermag Ideologie nur als Ausdruck des subjektiv Intendierten zu verstehen, als Äußerung persönlicher Meinung, als Fehler und Irrtum, nicht als objektive und notwendige Bewegungsform kapitalistischer Vergesellschaftung. Es verfällt ihr daher. Die gesellschaftliche Paradoxie, daß die sozialdemokratische Vorstellung der politischen Willensbildung (Addition der Einzelwillen zur Souveränität in der demokratischen Wahl) sich *spiegelbildlich verkehrt und daher genau komplementär* zur konservativen Auffassung des ökonomischen Geschehens (Addition der atomisiert individuellen Nachfrage zum Souverän der Produktion) verhält, wird ökologisch nur verdoppelt. Der bürgerliche Selbstwiderspruch zwischen dem Bürger als einem Konkurrenzsubjekt und Agenten gnadenloser Selbsterhaltung einerseits, dem am Gemeinwohl selbstlos interessierten Staatsbürger andererseits, nimmt die Grünen in die Zange. Der grüne Versuch, den Egoismus durch das allgemeine Gattungsinteresse auszuhebeln, reproduziert den Egoismus in höherer Potenz, ohne ihn befriedigen zu können. Die Sozialdemokratie als Partei der zeitweilig mit produktiven Aufgaben noch betrauten Staatsbürger vermag zumindest ihrer Klientel mit dem Argument, sie vertrete den ‚sozialen Frieden' als kostensparenden Faktor der Produktion, den einen oder anderen Kompromiß herauszuschlagen.

„Der Sozialismus ist konsequent zu Ende gedachte Demokratie", formuliert die Grundwerte-Kommission der SPD in ihren Entwürfen zum neuen Programm: „Der demokratische Sozialismus erstrebt eine sozial gerechte, ökologisch verantwortbare Wirtschaftsdemokratie, in der das lnteresse der Gesamtheit über dem Einzelinteresse steht und jede ökonomische Macht sich öffentlicher Kontrolle fügen muß." Gewaltfrei, basisdemokratisch, sozial und ökologisch - die modernisierte SPD. Die klassische Partei der Als-ob-Opposition hat an den Grünen die Bedeutung einer Politik des Charismas lernen dürfen. Damit ist das neue Programm, wie es im einzelnen auch immer vom Godesberger sich unterscheiden mag, schon suspendiert und die Beziehungsfalle für 'alternative' Kritik installiert, so daß die Sozialdemokratie ebenso aus vollem Herzen Ja zur grünen Utopie wie Nein zur Grünen Partei sagen kann.

Sozialismus erscheint als Verwirklichung jener Staatsbürgerrechte, die der reale Fabrikdespotismus als ideologisches Spiegelbild und komplementäre Notwendigkeit aus sich heraussetzt, in der Produktion; Sozialismus als wasserdichte Verdoppelung dessen, was sowieso der Fall ist.

Innerhalb dieses Spiegelspiels ist die politische „Glaubwürdigkeit“ als fugendichter Zusammenhang von Realität und Idealität, von Demokratie als aktueller Misere und Weg zur Utopie, das Eintrittsbillet in den politischen Markt. Teilhabe an der Souveränität kann nur um den Preis erworben werden, dies Spiegelspiel zu spielen. Bürgerliche Herrschaft organisiert sich nicht durch die Gewaltapparate allein, sondern primär durch die widersprüchliche, daher betonierte Identität der auf die pluralistischen Parteien verteilten Splitter von Realität und Idealität. Letztlich gliedern sich die Parteien nach den Gesichtspunkten der Krise und des Ausnahmezustandes. Wo 'die Linke' von ökonomischer Krise und Zusammenbruch her denkt, sieht sie den Staat als bloßes Instrument – wäre er nur demokratisch verfaßt und Sozialstaat. Wo 'die Rechte' aus der Perspektive des Staatsstreiches denkt, erscheint ihr Ökonomie als das neutrale Mittel der Bedarfsdeckung, wäre sie nur entpolitisiert: Marktwirtschaft, und der Vertiefung staatsbürgerlicher Rechte in die Produktion hinein los und ledig. Dies ist der Gegensatz, dessen Prozessieren die Souveränität als synthetische Einheit von Hegemonie und Zwang garantiert.

In der sozialdemokratischen Offerte einer „antagonistischen Kooperation von Kapital und Arbeit“, im Versuch, „wieder einmal die berühmte reformistische Gratwanderung“ zwischen Maschinensturm und Staatsstreich zu unternehmen, in der daraus abgeleiteten Kardinalfrage: „Wie vermeidet man chilenische Verhältnisse?“ (Glotz) reflektiert sich das Dilemma der SPD. Sie steht einer Konkurrenz gegenüber, die sie überbieten kann – der grünen Partei. Aber zugleich wird sie von einer konservativen Konkurrenz überboten, die tendenziell den demokratischen Formalismus suspendiert. Indem die SPD diese Konkurrenz nur als „Stellungskrieg“ - die klassische Formel Karl Kautskys und der Bauplan des 30. Januar 1933 – zu führen weiß, d.h. im frommen Wunsch, der Gegner möge den sozialen Rechtsstaat als die Verrechnungsstelle des Produktivfaktors ‚sozialer Friede’ mit der Chance auf demokratischen Machtwechsel akzeptieren, hat sie anerkannt, daß sie unter dem Niveau ihrer Konkurrenz liegt. Die 'Rechte’ kündigt ratenweise das einzige Politikmodell, daß der Sozialdemokratie überhaupt zur Verfügung steht, den Sozialstaat als Verkörperung dessen, das historisch gelungen ist, was Godesberg noch fordert: die Emanzipation des „Wirtschaftsuntertanen zum Wirtschaftsbürger“.

Diese Verstaatsbürgerlichung der Arbeiterklasse, ihre negative, aber vollendete Emanzipation zur selbstbewußten Lohnarbeit, bleibt praktisch wie programmatisch das letzte Wort der Sozialdemokratie, auch in einer Situation, in der die 'rechten' Ideologen dieser windschiefen Emanzipation als einer „Frustrationswirtschaft" (George Gilder) den Garaus schon bereitet haben. Die Wiederkehr der guten Menschen von Godesberg signalisiert so die trostlose Renaissance der moralischen Sieger von 1933, die man schon für Neandertaler hätte halten können und die doch diesen Titel an die Grünen weitergereicht haben. Der neueste Kampf für die Wirtschaftsdemokratie wird ähnlich ausgehen wie der aus den 20er Jahren. Damals notierte es Fritz Naphtali, der Erfinder dieses aus der Zeit des Burgfriedens über Weimar bis Bonn geretteten Politikmodells, befriedigt als großen Sieg, daß den Gewerkschaften die Mitsprache im „Gefrierfleischkontrollausschuß der deutschen Wirtschaft“ zugestanden wurde.